

Protokoll 145. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 14. November 2012, 17.00 Uhr bis 18.59 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Albert Leiser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Anwesend: 123 Mitglieder

Abwesend: Dr. Urs Egger (FDP), Bruno Sidler (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2012/380](#) * Weisung vom 31.10.2012: VTE
Verkehrsbetriebe und Tiefbauamt, Objektkredit von 11,424 VIB
Millionen Franken für den Bau der Tramverbindung Hardbrücke
und Anpassungen des Zugangs zum Bahnhof Hardbrücke,
Objektkredit von 2,67 Millionen Franken für einen Convenience-
Store am Hardplatz
3. [2012/382](#) * Weisung vom 31.10.2012: VTE
Motion von Ruth Ackermann (CVP) und Ernst Danner (EVP)
betreffend Bau eines behindertengerechten Zugangs bei der
Tramhaltestelle Waldgarten, Objektkredit, Abschreibung
4. [2012/383](#) * Weisung vom 31.10.2012: VHB
Amt für Städtebau, Teilrevision der Nutzungsplanung, Zonen-
planänderung Glattbogen, Zürich Schwamendingen, Kreis 12
5. [2012/384](#) * Weisung vom 31.10.2012: VHB
Amt für Städtebau, Teilrevision der Nutzungsplanung,
Zonenplanänderung Dunkelhölzli, Zürich-Altstetten
6. [2012/385](#) * Weisung vom 31.10.2012: VS
Soziale Einrichtungen und Betriebe, Ausgliederung des Werk- FV
und Wohnhauses zur Weid aus der Stadtverwaltung VHB
7. [2012/386](#) * Weisung vom 31.10.2012: VS
Stiftung Domicil, Beiträge 2013–2016 für die gemeinnützige
Wohnungsvermittlung

- | | | | |
|-----|---------------------------------|--|-----|
| 8. | 2012/387 * | Weisung vom 31.10.2012: Motion von Pierino Cerliani (Grüne) und Michael Baumer (FDP) betreffend Bau- und Zonenordnung (BZO), Flexibilisierung der Nutzungsvorschriften, Bericht und Abschreibung | VHB |
| 9. | 2012/389 * E | Motion von Min Li Marti (SP), Isabel Garcia (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 31.10.2012: Definierung einer Zielvorgabe zur angemessenen Berücksichtigung der Vielfalt der Geschlechtsidentitäten in den Kaderpositionen der städtischen Verwaltung | STP |
| 10. | 2012/391 * E | Postulat von Hans Urs von Matt (SP) und Marianne Dubs Früh (SP) vom 31.10.2012: Fahrradparkplatz beim Eingang zum Strandbad Mythenquai, Sanierung und Regelung der Bewirtschaftung | VTE |
| 11. | 2012/392 * E | Postulat von Martin Bürlimann (SVP) und Ruggero Tomezzoli (SVP) vom 31.10.2012: Anpassung der Beglaubigungsbögen für die Unterschriften zu den Listen- oder Personenwahlen auf Gemeindeebene | STS |
| 12. | 2012/398 | Tiefbauamt, Baulinienrevisionen im Quartier Schwamendingen, Kreis 12, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung und die Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung, Rekurs gegen den Beschluss des Gemeinderats vom 29.08.2012, Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich | |
| 13. | 2012/399 | Tiefbauamt, Baulinienrevisionen im Quartier Schwamendingen, Kreis 12, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung und die Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung, Rekurs gegen den Beschluss des Gemeinderats vom 29.08.2012, Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich | |
| 14. | 2012/344 | Weisung vom 19.09.2012: Zusatzkredite II. Serie 2012 | STR |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

3257. 2012/400 Ratsmitglied Lucia Tozzi Kelly (SP); Rücktritt

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Lucia Tozzi Kelly (SP 11) auf den 14. November 2012 bekannt und würdigt ihre Amtstätigkeit.

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3258. 2012/415
Erklärung der SP-Fraktion vom 14.11.2012:
Aktionstag für Arbeit und Solidarität

Namens der SP-Fraktion verliest Min Li Marti (SP) folgende Fraktionserklärung:

Geld ist genug da – Zeit für mehr Gerechtigkeit:

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat den heutigen 14. November 2012 zum europaweiten Aktionstag für Arbeit und Solidarität ausgerufen. In Spanien, Portugal, Griechenland, Malta und Zypern wehren sich heute die Gewerkschaften mit einem Generalstreik gegen die desaströse Abbaupolitik. Die Lage ist in diesen Ländern besonders verheerend: Sparpaket reiht sich an Sparpaket. Die Arbeitslosigkeit übersteigt teilweise sogar die Zahlen der Depression der Dreissigerjahre. Die Gewerkschaften in den wirtschaftlich starken Ländern wollen mit dem gemeinsamen Aktionstag ihre Solidarität mit den Arbeitnehmenden in den Krisenländern zeigen und alle Beschäftigten in Europa dafür sensibilisieren, welche Folgen die Krisenmassnahmen für uns alle haben. Auch wir von der SP solidarisieren uns.

Die Schweiz ist ein Teil der europäischen Krise

Wenn Privatpersonen Spekulationsgewinne einfahren, fliessen diese in private Vermögen. Die Verluste der Banken müssen aber alle Bürgerinnen und Bürger bezahlen. Dieses zutiefst ungerechte Prinzip muss – auch bei uns - durch eine wirksame Kontrolle und Besteuerung der Finanzgeschäfte durchbrochen werden. Es geht nicht an, dass Banken zwar Boni bezahlen, aber keine Steuern.

Steuerdumping und Steuerschlupflöcher führten in den letzten Jahren zu einem massiven Abfluss von Vermögen aus den von der Krise betroffenen Ländern. Die Schweiz spielt einen aggressiven Part im europäischen Steuerwettbewerb, wie das jüngste Beispiel von Coca Cola Hellenic zeigt. Die Schweizer Steuerpolitik ist schon heute ein grosses Hindernis für mehr Steuergerechtigkeit in Europa. Die Unternehmenssteuerreform II öffnet ein neues, klaffendes Fluchtloch für Unternehmensgewinne. Ende September hatten bereits 3900 Gesellschaften rund 883 Milliarden Franken zur steuerfreien Ausschüttung angemeldet. AktionärInnen können sich Geld auszahlen lassen, ohne darauf einen Rappen Steuern zu zahlen.

Wohlstand für alle statt Sozialabbau

Wir wollen kontrollierte Finanzmärkte und fair verteilte Vermögen und Einkommen. Den 10 Billionen Schulden der Eurozone stehen 27 Billionen an privaten Vermögen gegenüber. In Deutschland und Österreich übersteigen die privaten Nettovermögen die Staatsverschuldung um das zweieinhalbfache, in der Schweiz sogar um das vierzehnfache! Das Verhältnis von öffentlicher Armut und privaten Spitzeneinkommen und -vermögen wird immer ungerechter. Europa kommt nur dann aus der Krise, wenn wir nicht nur die Banken retten, sondern auch die Gerechtigkeit. Geld ist genug da – es muss aber gerechter verteilt werden. Es geht nicht an, dass die „kleinen Leute“ die Zeche der Krise bezahlen müssen, während die Reichen weiter Geld scheffeln und damit die Wirtschaft in die Stagnation und Rezession treiben.

3259. 2012/416
Erklärung der SVP-Fraktion vom 14.11.2012:
Hottingerplatz, massive Sachbeschädigung nach illegaler Party

Namens der SVP-Fraktion verliest Mauro Tuena (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Stadträtliche Gutmenschenideen führen erneut zu Chaos:

In der Nacht vom Freitag, 9. November 2012 auf Samstag, 10. November 2012 gingen einmal mehr zwei sogenannte stadträtliche Strategien nicht auf. Die Folgen der rot/grünen Gutmenschenideen arteten erneut in riesige Sachschäden und wüste Krawalle aus. Über hundert Hausbesetzer und Chaoten wüteten im Quartier Hottingen. Nicht nur das besetzte Haus wurde demoliert, sondern in der Umgebung wurden unzählige Scheiben an weiteren Liegenschaften eingeschlagen und etliche Hausfassaden mit Farbe verschmiert. Die Polizeiführung liess der Zerstörungswut freien Lauf. Und das, obwohl bereits die angebliche Party im besetzten Haus illegal war und sich das enorme Gewaltpotential abzeichnete. Trotz unzähligen Anrufen besorgter Nachbarn und Bürgern rückte die Polizei nicht aus. Eine fatale Entscheidung, wie sich einmal mehr zeigte. Verhaftungen gab es ebenfalls keine. Entsprechend können wohl keine Chaoten zur Rechenschaft gezogen werden.

In mehreren Antworten auf Interpellationen der SVP-Fraktion in diesem Rat bekräftigte der Stadtrat, dass in Zürich illegale Hausbesetzungen geduldet werden. Für die SVP ist diese Haltung inakzeptabel. In den allermeisten Fällen eskalieren solche Hausbesetzungen zu üblen Krawallen und schlimmen Sachbeschädigungen. Leidtragende sind immer private Liegenschaftsbesitzer und Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Ebenfalls in unzähligen Antworten auf Anfragen unserer Partei hält der Stadtrat fest, dass die Taktik der Polizei in Fällen von Randalierereien eine Deeskalationsstrategie ist, eine Taktik, die in der Vergangenheit nie funktioniert hat. Die Strategie des Zusehens und des Duldens hat immer kläglich versagt und endete jeweils mit Tumulten.

Beide Strategien sind fatal, fahrlässig und falsch. Die SVP fordert den Stadtrat auf, illegale Hausbesetzungen nicht mehr zu tolerieren und Krawalle frühzeitig polizeilich aufzulösen. Tut er dies nicht, trägt der Stadtrat die Mitverantwortung für weitere Sachbeschädigungen im grossen Stil.

3260. 2012/417

Erklärung der AL-Fraktion vom 14.11.2012: Unklarer Vertrag mit der Bührle Stiftung

Namens der AL-Fraktion verliest Richard Wolff (AL) folgende Fraktionserklärung:

Kunsthhaus droht zum Reputationsrisiko für Zürich zu werden:

Am Montag 12.11.2012 hat die Stiftung Sammlung Bührle – dem öffentlichen Druck nachgebend – einige Eckwerte des Geheimvertrags zwischen Bührle Stiftung und Zürcher Kunstgesellschaft preisgegeben. Anscheinend wurde der Vertrag – während die Abstimmung schon läuft - auch noch einmal revidiert. Nach wie vor herrscht aber viel Unklarheit über den Gegenstand der Abstimmung.

Das neue, zweite Kunsthhaus wird vor allem für die Bührle Sammlung gebaut. Seit die ersten Ideen für eine Erweiterung in Umlauf gebracht wurden, war das zentrale Argument stets der Einbezug der Bührle Sammlung. Die Stadt Zürich erhofft sich durch die von Bührle gesammelten Bilder mehr internationale Aufmerksamkeit und mehr BesucherInnen.

Das Problem sind die Bilder und ihre Geschichte, ihre Herkunft, die sogenannte Provenienz. Viele der wichtigsten Bilder stammen aus jüdischem Besitz, der von den Nazis gestohlen wurde. Die Opfer wurden entweder ermordet oder vertrieben. Wie genau Bührle in den Besitz verschiedener Bilder gekommen ist, ist bis heute nicht restlos geklärt. Mindestens ein Bild, „La Liseuse“ von Corot, hat Bührle auf dem Umweg über Hermann Göring erworben.

Wenn Bührles Sammlung nun, statt in seiner privaten Villa, im städtischen Kunsthhaus ausgestellt werden soll, wird dies für verstärkte internationale Aufmerksamkeit sorgen. Dass die Bührle Sammlung dann aber auch noch ausgerechnet über einem jüdischen Friedhof zu stehen kommt, dürfte tatsächlich aussergewöhnliche internationale Schlagzeilen auslösen.

Die Frage der Herkunft der Bilder und wie diese in den Besitz Bührles gelangten, wird von der internationalen Öffentlichkeit noch intensiver gestellt werden. Die Antworten der Bührle Stiftung sind bisher unbefriedigend. Dass sie selbst – in eigener Sache – die Provenienzforschung betreibt und den Zugang zu den Archiven kontrolliert, ist stossend. Wer wird seine Geldgeber schon als Profiteure des Holocausts darstellen wollen?

Wenn die Stadt mit Millionen von Franken diese Bilder in ihre Gebäude aufnimmt, muss ihr die vollständige Transparenz ein Anliegen sein. Leider sorgt die Stadt weder über ihren Einsatz in der Zürcher Kunstgesellschaft noch über ihre substanziellen Beiträge an Bau und Betrieb des neuen Kunsthhauses für genügende Aufhellung der noch dunklen Geschichte. Ganz im Gegenteil: Die Stadt sorgt für neue Intransparenz. Es gibt einen Geheimvertrag zwischen der Zürcher Kunstgesellschaft und der Stiftung Bührle. In der Abstimmungszeitung wird dieser Vertrag mit keinem Wort erwähnt. Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wissen nicht, was der Bührle Stiftung versprochen wurde. Auch wenn am Montag, allerdings erst unter Druck, einige überarbeitete Eckdaten bekannt wurden, bleibt vieles unklar: Wer zahlt die Versicherungsprämien? Welche Kompetenzen hat der Kurator der Bührle Sammlung im Kunsthhaus? Wie sehen die Kündigungsbedingungen genau aus? Welche weiteren Vorteile zieht die Bührle Stiftung aus dem Neubau? Wieviel Geld zahlen Bührles an den Neubau? Schon 1953 wagte es der Stadtrat in der Abstimmungsvorlage für die Erweiterung des Kunsthhauses nicht, den Namen des Sponsors zu nennen, der die 4 Millionen Franken bezahlte. Sind wir 59 Jahre später kein bisschen weiter?

Es kann nicht sein, dass sich die Zürcher SteuerzahlerInnen mit 93 Millionen Franken am Bau und mit jährlich 7.5 Millionen Franken am Betrieb beteiligen sollen, ohne zu wissen, auf was sie sich einlassen. Es kann nicht sein, dass die Stimmenden die Katze im Sack kaufen müssen.

G e s c h ä f t e**3261. 2012/380****Weisung vom 31.10.2012:****Verkehrsbetriebe und Tiefbauamt, Objektkredit von 11,424 Millionen Franken für den Bau der Tramverbindung Hardbrücke und Anpassungen des Zugangs zum Bahnhof Hardbrücke, Objektkredit von 2,67 Millionen Franken für einen Convenience-Store am Hardplatz**

Zuweisung an die SK PD/V gemäss Beschluss des Büros vom 12. November 2012

3262. 2012/382**Weisung vom 31.10.2012:****Motion von Ruth Ackermann (CVP) und Ernst Danner (EVP) betreffend Bau eines behindertengerechten Zugangs bei der Tramhaltestelle Waldgarten, Objektkredit, Abschreibung**

Zuweisung an die SK PD/V gemäss Beschluss des Büros vom 12. November 2012

3263. 2012/383**Weisung vom 31.10.2012:****Amt für Städtebau, Teilrevision der Nutzungsplanung, Zonenplanänderung Glattbogen, Zürich Schwamendingen, Kreis 12**

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss des Büros vom 12. November 2012

3264. 2012/384**Weisung vom 31.10.2012:****Amt für Städtebau, Teilrevision der Nutzungsplanung, Zonenplanänderung Dunkelhölzli, Zürich-Altstetten**

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss des Büros vom 12. November 2012

3265. 2012/385**Weisung vom 31.10.2012:****Soziale Einrichtungen und Betriebe, Ausgliederung des Werk- und Wohnhauses zur Weid aus der Stadtverwaltung**

Zuweisung an die SK SD gemäss Beschluss des Büros vom 12. November 2012

3266. 2012/386**Weisung vom 31.10.2012:****Stiftung Domicil, Beiträge 2013–2016 für die gemeinnützige Wohnungsvermittlung**

Zuweisung an die SK SD gemäss Beschluss des Büros vom 12. November 2012

3267. 2012/387**Weisung vom 31.10.2012:****Motion von Pierino Cerliani (Grüne) und Michael Baumer (FDP) betreffend Bau- und Zonenordnung (BZO), Flexibilisierung der Nutzungsvorschriften, Bericht und Abschreibung**

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss des Büros vom 12. November 2012

3268. 2012/389**Motion von Min Li Marti (SP), Isabel Garcia (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 31.10.2012:****Definierung einer Zielvorgabe zur angemessenen Berücksichtigung der Vielfalt der Geschlechtsidentitäten in den Kaderpositionen der städtischen Verwaltung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Namens der SVP-Fraktion stellt Bruno Amacker (SVP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3269. 2012/391**Postulat von Hans Urs von Matt (SP) und Marianne Dubs Früh (SP) vom 31.10.2012:****Fahrradparkplatz beim Eingang zum Strandbad Mythenquai, Sanierung und Regelung der Bewirtschaftung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Namens der SVP-Fraktion stellt Bruno Amacker (SVP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3270. 2012/392**Postulat von Martin Bürlimann (SVP) und Ruggero Tomezzoli (SVP) vom 31.10.2012:****Anpassung der Beglaubigungsbögen für die Unterschriften zu den Listen- oder Personenwahlen auf Gemeindeebene**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtschreiberin namens des Stadtrats bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3271. 2012/398**(Weisung 2012/88 vom 14.03.2012)****Tiefbauamt, Baulinienrevisionen im Quartier Schwamendingen, Kreis 12, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung und die Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung, Rekurs gegen den Beschluss des Gemeinderats vom 29.08.2012, Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich**

Gegen den Entscheid des Gemeinderats der Stadt Zürich vom 29.08.2012 (GRB Nr. 3009) wurde beim Baurekursgericht des Kantons Zürich ein Rekurs eingereicht. Mit der Präsidialverfügung (R1S.2012.05123) vom 31.10.2012 setzt das Baurekursgericht des Kantons Zürich dem Gemeinderat Zürich eine Frist bis zum 30.11.2012, um zuhanden des Baurekursgerichts eine Vernehmlassung einzureichen.

Den Mitgliedern des Büros des Gemeinderats, dem Präsidium der SK PD/V sowie den Fraktionspräsidien sind folgende Unterlagen zugestellt worden:

- Rekurschrift vom 29.10.2012
- Präsidialverfügung des Baurekursgerichts des Kantons Zürich (R1S.2012.05123) vom 31.10.2012

Die Mehrheit des Büros beantragt dem Gemeinderat:

Auf eine Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich durch den Gemeinderat wird verzichtet (Art. 51 Abs. 4 GO). Der Stadtrat oder nach Massgabe von Art. 28 der Geschäftsordnung des Stadtrats die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements wird eingeladen, das Verfahren vor dem Baurekursgericht des Kantons Zürich zu führen, unter Mitteilung der eingereichten Rechtsschriften an das Büro, die Fraktionspräsidien und die SK PD/V.

Die Minderheit des Büros beantragt dem Gemeinderat:

Auf eine Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich wird verzichtet, da man sich den Ausführungen und den Anträgen der Rekurrenten anschliesst.

| | |
|------------------|---|
| Mehrheit: | Präsident Albert Leiser (FDP), Referent; 1. Vizepräsident Martin Abele (Grüne), 2. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mark Richli (SP), Gian von Planta (GLP) |
| Minderheit: | Mauro Tuena (SVP), Referent |
| Ohne Stimmrecht: | Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP) |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Auf eine Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich durch den Gemeinderat wird verzichtet (Art. 51 Abs. 4 GO). Der Stadtrat oder nach Massgabe von Art. 28 der Geschäftsordnung des Stadtrats die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements wird eingeladen, das Verfahren vor dem Baurekursgericht des Kantons Zürich zu führen, unter Mitteilung der eingereichten Rechtsschriften an das Büro, die Fraktionspräsidien und die SK PD/V.

Mitteilung an den Stadtrat

3272. 2012/399**(Weisung 2012/88 vom 14.03.2012)****Tiefbauamt, Baulinienrevisionen im Quartier Schwamendingen, Kreis 12, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung und die Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung, Rekurs gegen den Beschluss des Gemeinderats vom 29.08.2012, Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich**

Gegen den Entscheid des Gemeinderats der Stadt Zürich vom 29.08.2012 (GRB Nr. 3009) wurde beim Baurekursgericht des Kantons Zürich ein Rekurs eingereicht. Mit der Präsidialverfügung (R1S.2012.05122) vom 30.10.2012 setzt das Baurekursgericht des Kantons Zürich dem Gemeinderat Zürich eine Frist bis zum 29.11.2012, um zuhanden des Baurekursgerichts eine Vernehmlassung einzureichen.

Den Mitgliedern des Büros des Gemeinderats, dem Präsidium der SK PD/V sowie den Fraktionspräsidien sind folgende Unterlagen zugestellt worden:

- Rekurschrift vom 25.10.2012
- Präsidialverfügung des Baurekursgerichts des Kantons Zürich (R1S.2012.05122) vom 30.10.2012

Die Mehrheit des Büros beantragt dem Gemeinderat:

Auf eine Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich durch den Gemeinderat wird verzichtet (Art. 51 Abs. 4 GO). Der Stadtrat oder nach Massgabe von Art. 28 der Geschäftsordnung des Stadtrats die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements wird eingeladen, das Verfahren vor dem Baurekursgericht des Kantons Zürich zu führen, unter Mitteilung der eingereichten Rechtsschriften an das Büro, die Fraktionspräsidien und die SK PD/V.

Die Minderheit des Büros beantragt dem Gemeinderat:

Auf eine Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich wird verzichtet, da man sich den Ausführungen und den Anträgen der Rekurrenten anschliesst.

| | |
|------------------|---|
| Mehrheit: | Präsident Albert Leiser (FDP), Referent; 1. Vizepräsident Martin Abele (Grüne), 2. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mark Richli (SP), Gian von Planta (GLP) |
| Minderheit: | Mauro Tuena (SVP), Referent |
| Ohne Stimmrecht: | Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP) |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 22 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Auf eine Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich durch den Gemeinderat wird verzichtet (Art. 51 Abs. 4 GO). Der Stadtrat oder nach Massgabe von Art. 28 der Geschäftsordnung des Stadtrats die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements wird eingeladen, das Verfahren vor dem Baurekursgericht des Kantons Zürich zu führen, unter Mitteilung der eingereichten Rechtsschriften an das Büro, die Fraktionspräsidien und die SK PD/V.

Mitteilung an den Stadtrat

3273. 2012/344**Weisung vom 19.09.2012:
Zusatzkredite II. Serie 2012**

Antrag des Stadtrats

A. Für das Jahr 2012 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite II. Serie bewilligt:

| 1. Zusatzkredite | Laufende Rechnung Fr. | Investitions- rechnung Fr. | Zusammen Fr. |
|---|-----------------------------|----------------------------------|-------------------|
| 10 Behörden und Gesamtverwaltung | 1 160 900 | – | 1 160 900 |
| 15 Präsidialdepartement | 1 390 000 | – | 1 390 000 |
| 20 Finanzdepartement | 63 000 | 6 300 00 | 6 363 000 |
| 25 Polizeidepartement | 85 200 | – | 85 200 |
| 30 Gesundheits- und Umweltdepartement | 3 740 000 | – | 3 740 000 |
| 35 Tiefbau- und Entsorgungsdepartement | 860 000 | – | 860 000 |
| 40 Hochbaudepartement | 1 155 000 | 2 600 000 | 3 755 000 |
| 45 Departement der Industriellen Betriebe | 7 579 000 | 19 350 000 | 26 929 000 |
| 50 Schul- und Sportdepartement | 6 530 600 | – | 6 530 600 |
| 55 Sozialdepartement | 630 000 | 350 000 | 980 000 |
| Total Verwaltungsrechnung | 23 193 700 | 28 600 000 | 51 793 700 |
| 2. Kreditübertragungen | Laufende Rechnung Fr. | Investitions- rechnung Fr. | Zusammen Fr. |
| 10 Behörden und Gesamtverwaltung | – | – | – |
| | –0 | –0 | –0 |
| 15 Präsidialdepartement | – | – | – |
| | –0 | –0 | –0 |
| 20 Finanzdepartement | 170 000 | – | 170 000 |
| | –170 000 | –0 | –170 000 |
| 25 Polizeidepartement | 1 045 000 | – | 1 045 000 |
| | –1 045 000 | –0 | –1 045 000 |
| 30 Gesundheits- und Umweltdepartement | 1 550 000 | – | 1 550 000 |
| | –1 550 000 | –0 | –1 550 000 |
| 35 Tiefbau- und Entsorgungsdepartement | – | – | – |
| | –0 | –0 | –0 |
| 40 Hochbaudepartement | 58 000 | 200 000 | 258 000 |
| | –58 000 | –200 000 | –258 000 |
| 45 Departement der Industriellen Betriebe | – | – | – |
| | –0 | –0 | –0 |
| 50 Schul- und Sportdepartement | 492 500 | – | 492 500 |
| | –492 500 | –0 | –492 500 |
| 55 Sozialdepartement | – | – | – |
| | –0 | –0 | –0 |
| Total Verwaltungsrechnung | 3 315 500 | 200 000 | 3 515 500 |
| | –3 315 500 | –200 000 | –3 515 500 |

B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

| | Fr. | Fr. | Fr. |
|---|------------|-------------------|-------------------|
| a) in der Laufenden Rechnung | | | |
| - den Zusatzkrediten von | 23 193 700 | | |
| - den Kreditübertragungen von | 3 315 500 | 26 509 200 | |
| auf anderen Konten gegenüberstehen: | | | |
| - verursachte Minderaufwendungen aus den Kreditübertragungen von | 3 315 500 | | |
| - durch Minderaufwendungen/Mehrerträge aus den Zusatzkrediten von | 10 461 500 | 13 777 000 | |
| sodass sich Netto-Mehraufwendungen ergeben von | | | 12 732 200 |
| b) in der Investitionsrechnung | | | |
| - den Zusatzkrediten von | 28 600 000 | | |
| - den Kreditübertragungen von | 200 000 | 28 800 000 | |
| auf anderen Konten gegenüberstehen: | | | |
| - verursachte Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von | 200 000 | | |
| - durch Minderausgaben/Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von | 17 000 000 | 17 200 000 | |
| sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von | | | 11 600 000 |

Eintretensdebatte:

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Roger Liebi (SVP)

Eintreten ist unbestritten.

Ratspräsident Albert Leiser (FDP) teilt mit, dass STR Martin Waser den Antrag auf einen Zusatzkredit über Fr. 350 000.– für die Erhöhung des Stiftungskapitals des Berufslehrverbands Zürich (Konto 5500 500006; Beteiligung an Stiftung Berufslehrverbund) zurückzieht.

Die RPK beantragt, die Zusatzkredite II. Serie 2012 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK zu Dispositiv A) zu genehmigen:

1.1 Dringliche Zusatzkredite

| S. 2 | 40 4020 3080 0000 | Hochbaudepartement Amt für Hochbauten Entschädigungen für temporäre Arbeitskräfte | | |
|------|-------------------------|---|------------|---|
| 1) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 23 000 | Mehrheit | Urs Schmid (FDP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Dr. Daniel Regli (SVP) Referent; Präsident Roger Liebi (SVP) |
| | | | Abwesend | Christine Seidler (SP) |
| | Verbesserung | 23 000 | | |
| | Begründung | Zusätzliche Arbeit mit eigenem Personal bewältigen | | |

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 21 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

| | | | | |
|-----------|----------------------------------|--|------------|--|
| S. 2 | 40 4040 3092 0000 | Hochbaudepartement Immobilien-Bewirtschaftung Personalwerbung | | |
| 2) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 100 000 | Mehrheit | Christine Seidler (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP) |
| | | | Enthaltung | Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP) |
| | Verbesserung | 100 000 | | |
| | Begründung | Betrag von CHF 200 000 muss ausreichen | | |

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 25 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

| | | | | |
|-----------|----------------------------------|--|------------|---|
| S. 4 | 55 5500 3650 0302 | Sozialdepartement Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an AOZ für städtische Pflichtleistungen | | |
| 3) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 330 000 | Mehrheit | Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP) |
| | Verbesserung | 330 000 | | |
| | Begründung | Mehraufwand durch Optimierung der betrieblichen Abläufe ausgleichen | | |

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 25 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

1.2 Dringliche Kreditübertragungen

Es wurden keine dringlichen Kreditübertragungen beantragt.

2.1 Ordentliche Zusatzkredite

| | | | | |
|-----------|----------------------------------|---|------------|---|
| S. 4 | 10 1060 3010 0850 | Behörden und Gesamtverwaltung Gesamtverwaltung Abfindungen für unverschuldete Entlassungen | | |
| 4) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 1 160 900 | | |
| | Neu | 0 | Mehrheit | Präsident Roger Liebi (SVP), Referent: Samuel Dubno (GLP), Dr. Daniel Regli (SVP) |
| | | | Enthaltung | Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) |
| | Verbesserung | 1 160 900 | | |
| | Begründung | Ungleichbehandlung städtischer Mitarbeiter | | |

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 38 gegen 70 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

| | | | | |
|-----------|----------------------------------|--|------------|---|
| S. 5 | 15 1501 3911 0000 | Präsidialdepartement Kultur Vergütung an SBMV für Material/Dienstleistungen | | |
| 5) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 40 000 | Mehrheit | Samuel Dubno (GLP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP) |
| | Verbesserung | 40 000 | | |
| | Begründung | Budgetüberschreitung von 400 % nicht akzeptabel | | |

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 25 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

| | | | | |
|-----------|----------------------------------|--|------------|---|
| S. 5 | 15 1530 3180 0000 | Präsidialdepartement Bevölkerungsamt Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter | | |
| 6) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 1 350 000 | Mehrheit | Samuel Dubno (GLP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP) |
| | Verbesserung | 1 350 000 | | |
| | Begründung | Mangelhafte Budgetierung (Zuwanderung war absehbar) | | |

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 25 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

| | | | | |
|-----------|-------------------------------|---|------------|---|
| S. 5 | 20 2030 503028 | Finanzdepartement Baurechte gemeinnütziger Wohnungsbau Überbauung Kalkbreite: Gleisüberdeckung | | |
| 7) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 6 300 000 | Mehrheit | Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP) |
| | Verbesserung | 6 300 000 | | |
| | Begründung | Exzessive Subventionierung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus | | |

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 22 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

| | | | | |
|-----------|----------------------------------|--|--------------|---|
| S. 6 | 25 2500 3092 0000 | Polizeidepartement Polizeidepartement Zentrale Verwaltung Personalwerbung | | |
| 8) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 72 000 | Mehrheit | Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP) |
| | Neu Verbesserung 1 | 0 72 000 | Minderheit 1 | Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP) |
| | Begründung 1 | 72-fache Budgetüberschreitung nicht akzeptabel | | |
| | Neu Verbesserung 2 | 49 000 23 000 | Minderheit 2 | Samuel Dubno (GLP), Referent, Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP) |
| | Begründung 2 | Neue Direktorin DAV seit März bekannt. | | |

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

| | | |
|----------------------------|----------|-------------|
| Antrag Stadtrat / Mehrheit | (72 000) | 56 Stimmen |
| Antrag Minderheit 1 | (0) | 23 Stimmen |
| Antrag Minderheit 2 | (49 000) | 44 Stimmen |
| Total | | 123 Stimmen |
| = absolutes Mehr | | 62 Stimmen |

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 2 wird mit 56 gegen 67 Stimmen zugestimmt.

Damit ist dem Antrag der Minderheit 2 mit 67 Stimmen zugestimmt, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

| | | | | |
|-----------|----------------------------------|--|------------|--|
| S. 6 | 25 2525 3091 0000 | Polizeidepartement Stadtrichteramt Aus- und Weiterbildung des Personals | | |
| 9) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 13 200 | Mehrheit | Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP) |
| | | | Enthaltung | Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP) |
| | Verbesserung | 13 200 | | |
| | Begründung | ZK nicht nötig. Betrag im Budget 2013 beantragen | | |

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 23 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Die Debatte wird unterbrochen (Fortsetzung siehe Sitzung Nr. 146, Beschluss-Nr. 3273/2012).

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3274. 2012/418

Postulat der FDP- und CVP-Fraktion vom 14.11.2012: Sicherstellung der Verwendung des für das Dada-Jubiläum gesprochenen Betrags für die Durchführung des Jubiläums

Von der FDP- und CVP-Fraktion ist am 14. November 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass von dem für das 100 Jahr Dada-Jubiläum gesprochenen Betrag von Fr. 400'000.- keinerlei Beträge in die ordentliche Rechnung des Cabaret Voltaire fließen. Die Beträge sollen nur für die Vorbereitung und die Durchführung des Jubiläums verwendet werden.

Begründung:

Die Finanzierung der Dauerausstellung und die Finanzierung weiterer Anlässe ausserhalb des Jubiläums-Programms dürfen nicht aus Geldern für das Jubiläum alimentiert werden.

Mitteilung an den Stadtrat

3275. 2012/419

Postulat von Andreas Kirstein (AL) vom 14.11.2012: Schulanlage Blumenfeld, Integration der zweiten Ausbauetappe in die Planung der ersten Etappe

Von Andreas Kirstein (AL) ist am 14. November 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit die in der Weisung GR Nr. 2012/328 unter Punkt 5.6 aufgeführte zweite Etappe des Schulhauses Blumenfeld bereits in die weitere Planung der ersten Etappe integriert werden kann, so dass bei Bedarf nach der Bauausführung der ersten Etappe (geplant Frühling 2016) unmittelbar mit der zweiten begonnen werden kann.

Begründung:

In der Antwort auf meine Fragen zum geplanten Schulhaus Blumenfeld schreibt das Schulamt: "Gemäss den aktuellen Prognosen der Schülerzahlen im Einzugsgebiet der Schule Blumenfeld ist der Vollausbau nicht notwendig. Dabei sind sämtliche zum heutigen Zeitpunkt bekannten Bauvorhaben und Entwicklungsgebiete berücksichtigt. Sofern das Siedlungsgebiet langfristig nochmals erweitert werden sollte, kann mit der 2. Etappe entsprechend reagiert werden." Quartierkundige widersprechen dieser Prognose vehement und vermuten, dass bereits beim geplanten Bezug der Anlage im Frühling 2016 geschweige denn bei einer Bauverzögerung die Kapazität erschöpft sein wird. Um dannzumal nicht erneut auf Schulpavillons ausweichen zu müssen, ist meines Erachtens die zweite Etappe eng verzahnt mit der Realisierung der ersten vorzubereiten. Damit ist gesichert, dass bereits von Beginn weg auf Synergie zum Vollausbau geachtet wird, nicht zuletzt lassen sich damit Kosteneinsparungen gegenüber einem strikt sequentiellen Vorgehen realisieren.

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Postulate werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

3276. 2012/420

Schriftliche Anfrage von Mauro Tuena (SVP) und Urs Fehr (SVP) vom 14.11.2012: Hausbesetzung im Quartier Hottingen, Strategie der Stadtpolizei im Zusammenhang mit illegalen Partys und Hausbesetzungen

Von Mauro Tuena (SVP) und Urs Fehr (SVP) ist am 14. November 2012 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In der Nacht vom Freitag, 9. November 2012 auf Samstag, 10. November 2012 wüteten Hausbesetzer im Quartier Hottingen im Zürcher Kreis 7. Die angerichteten Sachschäden auch in der Umgebung der besetzten Liegenschaft sind enorm. Gemäss verschiedenen Medienberichten rückte die Polizei trotz mehreren Anrufen nicht aus.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. In welchem Umfang hatte die Polizei im Vorfeld der Nacht vom 9. auf den 10. November 2012 Kenntnis über diese geplante Hausbesetzung?
2. Wann gingen bei der Polizei die ersten Lärmklagen der illegalen Party ein? Wie viele besorgte Mitmenschen meldeten sich bei der Polizei?
3. Warum rückte die Polizei trotz mehreren Lärmklagen nicht aus?

4. Wie beurteilt der Stadtrat die Situation, dass eine grössere Ansammlung von Personen unbehelligt wüten und grossen Sachschaden anrichten kann, ohne dafür zur Verantwortung gezogen zu werden?
5. Wie verhält sich der Stadtrat bei künftigen, illegalen Hausbesetzungen?
6. Wie verhält sich der Stadtrat bei künftigen, illegalen Partys mit grösseren Teilnehmerzahlen?
7. Wie rechtfertigt der Stadtrat die massiven Sachbeschädigungen im Zusammenhang mit dem Nichteinschreiten der Polizei?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

3277. 2010/173

SK GUD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Uschi Heinrich (SP) für den Rest der Amtsdauer 2012–2014

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 12. November 2012):

Nicolas Esseiva (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und den Gewählten

3278. 2012/300

**Schriftliche Anfrage von Christoph Spiess (SD) vom 11.07.2012:
Wasserschäden an der Birmensdorferstrasse bei starken Niederschlägen**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1375 vom 31. Oktober 2012).

3279. 2012/161

**Weisung vom 11.04.2012:
Elektrizitätswerk, Sponsoring und Zusammenarbeit mit Veranstaltenden, Kreditbewilligung**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 29. August 2012 ist am 4. Oktober 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 21. November 2012.

3280. 2012/88

**Weisung vom 14.03.2012:
Tiefbauamt, Baulinienrevision im Quartier Schwamendingen, Kreis 12, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung und die Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 29. August 2012 ist am 4. Oktober 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 21. November 2012.

3281. 2012/60

**Weisung vom 29.02.2012:
Amt für Städtebau, Teilrevision Nutzungsplanung, Zonenplanänderung Gebiet
Schulhaus Auzeig/Opfikonstrasse, Zürich Schwamendingen**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 29. August 2012 ist am 4. Oktober 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 21. November 2012.

3282. 2011/484

**Weisung vom 14.12.2011:
Liegenschaftenverwaltung, Wohnungsbau an der Tièchestrasse, Genehmigung
von zwei Baurechtsverträgen**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 5. September 2012 ist am 11. Oktober 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 21. November 2012.

3283. 2012/72

**Weisung vom 07.03.2012:
Immobilien-Bewirtschaftung, Sportzentrum Heuried, Neubau von Hochbauten
(Eissportanlagen) und Instandsetzung der Badeanlage, Erhöhung des Projektie-
rungskredits**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 5. September 2012 ist am 11. Oktober 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 21. November 2012.

3284. 2012/75

**Weisung vom 07.03.2012:
Sportamt, Zürcher Stadtverband für Sport, Erhöhung jährlich wiederkehrender
Beitrag**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 5. September 2012 ist am 11. Oktober 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 21. November 2012.

3285. 2012/139

**Weisung vom 04.04.2012:
Tiefbauamt, Bahnhofstrasse, Aufwertung und Erneuerung Strasse, Erneuerung
und Ersatz Gleise, Haltestellen, Werkleitungen, Beleuchtung, Bäume, Objektkredit,
Bewilligung gebundener Ausgaben, Projektfestsetzung**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 12. September 2012 ist am 18. Oktober 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 21. November 2012.

3286. 2012/202

Weisung vom 16.05.2012:

Soziale Dienste, unbefristete Weiterführung des Quartierzentrums Aussersihl in der Bäckeranlage durch die Sozialen Dienste des Sozialdepartements ab 2013

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 12. September 2012 ist am 18. Oktober 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 21. November 2012.

Nächste Sitzung: 14. November 2012, 20.30 Uhr.